

Gemeinsam gegen Rechts

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland hat Besorgnis erregende Dimensionen erreicht:

- NPD und DVU sind in die Landtage von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen eingezogen.
- In immer mehr Kommunalparlamenten in Ost und West erreichen die Rechtsextremisten Fraktionsstärke.
- Sie beherrschen zunehmend öffentliche Räume in Städten und Regionen.
- Stündlich wird eine rechtsextreme Straftat in der Bundesrepublik registriert, und täglich kommen drei rechtsextreme Gewalttaten zur Anzeige.
- Die Akzeptanz rechtsextremer Ideologie und Kultur unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen nimmt immer stärker zu.

Die demokratische Kultur und das friedliche Zusammenleben der Menschen sind gefährdet. Angesichts dieser Gefahr fordert DIE LINKE.,

- rechtsextreme Gewalt- und Wiederholungstäter konsequent zu verfolgen;
- die Handlungsmöglichkeiten des Staates durch eine Antifaschistische Klausel im Grundgesetz zu erweitern;

- eine nationale Beobachtungsstelle „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ einzurichten;
- die Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus in die Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen aufzunehmen;
- in der Bildungsarbeit stärker zu berücksichtigen, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zunehmend auf Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft stoßen.

Engagieren Sie sich!

Unsere demokratische Gesellschaft lebt vom Mitmachen, Mitbestimmen und Mitarbeiten. Zivilcourage beginnt bei jedem und jeder Einzelnen!

Sehen Sie nicht weg!

Schreiten Sie ein, wenn Rechtsextreme mit Pöbeleien und Angriffen die Straße für sich gewinnen wollen! Rechtsextremismus zu bekämpfen, ist Aufgabe aller Mitglieder der Gesellschaft. Rassismus und Gewalt entstehen da, wo die Gesellschaft wegschaut.



www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G